

20 Jahre



„**k**ommunalpolitisches **f**orum“
Sachsen-Anhalt e.V.

Kommunal – Information

01.12.2012



Inhalt

1. Themen

- 1.1 Kommunaldatenbank
- 1.2 Kommunale Finanzen
- 1.3 Daseinsvorsorge
- 1.4 Kommunales Recht (und Rechtsprechung)
- 1.5 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung
- 1.6 Verschiedenes

2. Problemfelder aus Landtag und Land

3. Veranstaltungen

4. Veröffentlichungen

5. Kontakte

1.1 Kommunaldatenbank

Unter dem Link <http://die-linke.de/kommunaldatenbank/> sind Anträge und Anfragen von linken KommunalpolitikerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet einsehbar. Die Datenbank soll Anregung und Hilfestellung für die eigene Arbeit vor Ort geben. Diese Datenbank wächst und gedeiht aber nur, wenn alle mithelfen und ihre Anträge zur Einstellung weiterreichen an felicitas.weck@die-linke.de.

Hier folgt eine Auswahl von neu eingestellten Anträgen:

- Antrag Umweltfreundliche öffentliche Beschaffung
- Anfrage Fortführung Sozialticket

1.2 Kommunale Finanzen

[Städtetag veröffentlicht Gemeindefinanzbericht 2012](#)

Der Blick auf die aktuelle kommunale Finanzlage zeigt ein ambivalentes Bild. Im Vergleich zu den desaströsen Vorjahren konnten viele Städte ihre Finanzsituation zuletzt verbessern. Vielen Kommunen ist und bleibt es jedoch unmöglich, den Haushalt aus eigener Kraft auszugleichen. Diese Problemlage verdeutlicht der Gemeindefinanzbericht 2012, den der Deutsche Städtetag heute unter dem Titel "Stabile Stadtfinanzen – nur mit Bund und Ländern" veröffentlicht hat. [Darüber mehr hier.](#)

[Neue Chancen für kommunalen Finanzausgleich](#)

Das Landesverfassungsgericht urteilte am 9. Oktober 2012, dass eine pauschale Ausrechnung des Bevölkerungsrückgangs bei der Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfs verfassungswidrig ist.

[Dazu mehr in einer Pressemitteilung aus der Linksfraktion Sachsen-Anhalt.](#)

[Grundsicherung im Alter: Kommunen begrüßen Entlastung bei der Grundsicherung im Alter – Länder müssen Mittel vollständig weiterleiten](#)

Der Deutsche Bundestag hat heute die zweite und dritte Stufe der Kostenübernahme für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund verabschiedet. Damit übernimmt der Bund im Jahr 2013 insgesamt 75 Prozent und ab dem Jahr 2014 vollständig die kommunalen Ausgaben.

<http://www.dstgb.de/dstgb/newsletter/Pressemeldungen/?redirect=5e13dbf1-e34d-4ede-8c7e-fed853dfbe13>

1.3 Daseinsvorsorge

[Starke öffentliche Daseinsvorsorge und gute Arbeit müssen Hand in Hand gehen](#)

Nach einem Jahrzehnt der massenhaften Privatisierung öffentlicher Einrichtungen zeigt sich zunehmend ein Umdenken. Das ist auch ein [Erfolg von ver.di](#). Beharrlich haben sie darauf hingewiesen, dass durch Privatisierungen die Handlungsmöglichkeiten der öffentlichen Daseinsvorsorge eingeschränkt und häufig die Arbeitsbedingungen der betroffenen Beschäftigten massiv verschlechtert wurden. Immer deutlicher zeigt sich, dass diese Politik die gesellschaftliche Spaltung vertieft.

[Wasser-Rekommunalisierung geht nur mit Demokratisierung](#)

Rekommunalisierung ist nicht gleich Rekommunalisierung. Um eingangs genannte Ziele zu erreichen, muss ein wie auch immer gearteter Anteils-(Rück-)Erwerb an einem Unternehmen durch die öffentliche Hand sowohl im Prozess als auch im Ergebnis von deutlich mehr Demokratisierung geprägt sein, als wir es aktuell in Berlin erfahren. Ein Blick über den Tellerrand, z. B. nach Paris, wäre da hilfreich. [Mehr dazu in Neues Deutschland.](#)

[Verbrauch von Wasser auf Rekordtief](#)

121 Liter nutzte jeder Einwohner Deutschlands im Jahr 2010 durchschnittlich pro Tag für die Körperpflege, Nahrungsaufnahme, Waschen und Putzen. Dabei gibt es große regionale Unterschiede: In den westdeutschen Flächenländern verwendeten die Menschen durchschnittlich 126 Liter pro Tag, in Ostdeutschland (ohne Berlin) nur 93 Liter. Der Durchschnittsverbrauch von 121 Litern täglich ist so niedrig wie noch nie seit Einführung der Statistik im Jahr 1963.

Die Deutschen verbrauchen täglich einen Liter weniger als 2007 und 23 Liter weniger als 1991. Fast die gesamte Bevölkerung Deutschlands ist an die öffentliche Trinkwasserversorgung angeschlossen (99,3 Prozent). Das gilt für Ost und West in etwa gleich. Anders sieht es beim Abwasser aus. Dabei schneidet der Osten schlechter ab: In den westdeutschen Flächenländern sind 97,6 Prozent der Bevölkerung an die öffentliche Kanalisation angeschlossen, in Ostdeutschland (ohne Berlin) aber nur gut 90 Prozent. Bundesweit sind rund 2,8 Millionen Bürger nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossen.

[Problem Armut: Mehrere Millionen Deutsche sind sozial ausgegrenzt](#)

Armut gibt es auch in Deutschland. Sie können laufende Rechnungen nicht begleichen, vollwertige Mahlzeiten gibt es nur sporadisch: Mehr als vier Millionen Deutsche leiden unter erheblichen Entbehrungen und sehen keine Perspektive. Fast jeder fünfte Einwohner war 2011 in [Deutschland ...](#)

[Kommunen für den Bürger](#)

Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ist teuer und kostet Arbeitsplätze. Doch es gäbe eine sinnvolle Alternative. Mehr dazu in der [online-Ausgabe](#) der Frankfurter Rundschau.

[ÖPP/PPP schön gerechnet](#)

Schulen, Straßen und Schwimmbäder zu sanieren, können sich viele Kommunen nicht mehr leisten. Oft springen private Unternehmen ein – in Öffentlich-Privaten Partnerschaften. Doch die werden oft teuer. [Dazu ein Bericht in der Zeit.](#)

1.4 Kommunales Recht (und Rechtsprechung)

[08.10.12](#) Weitere Verfassungsbeschwerde gegen Gemeindegebietsreform zurückgewiesen

[09.10.12](#) Entscheidungen über Verfassungsbeschwerden gegen Finanzausgleichsgesetz 2009

1.5 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung

Anhörung zum Mietrechtsänderungsgesetz der Bundesregierung

Ein zentraler Punkt der Debatte – [so auch in der Anhörung](#) – ist die Umsetzung der energetischen Gebäudesanierung. Auch der Direktor des Deutschen Mieterbundes e.V., Lukas Siebenkotten, äußerte Bedenken: Das Mietrecht würde eingeschränkt, die Regelung für Vermieter keinerlei Vorteile bringen.

Wie die Gärten in die Städte zurückkehren

Bereits vor hundert Jahren kritisierte Daniel Gottlob Schreber die städtischen Lebensbedingungen. Obwohl sich die Bedingungen heute deutlich verbessert haben, bleibt Schrebers Kritik hochaktuell, da viele Menschen den Bezug zur Natur verlieren. Urban Gardening, das gemeinschaftliche Gärtnern in der Stadt, wird immer beliebter und kann dieser Entwicklung entgegengehen. [Mehr dazu beim NABU.](#)

71 Millionen Euro für die städtebauliche Entwicklung im Land

Für die Förderung der städtebaulichen Entwicklung in Sachsen-Anhalts Kommunen stehen in diesem Jahr insgesamt rund 71 Millionen Euro zur Verfügung. Nach Auskunft von Sachsen-Anhalts Bauminister Thomas Webel steuern Bund und Land jeweils 35,5 Millionen Euro bei. „Mit dieser Förderung schafft das Land eine wichtige Voraussetzung dafür, dem demografischen Wandel offensiv Rechnung zu tragen“, so der Minister. [mehr >>](#)

Bezahlbares Wohnen: GdW sieht Staat in der Pflicht

Steigende Energiepreise, Steuern und Auflagen des Gesetzgebers sind derzeit die größten Treiber der Wohnkosten, stellt der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen fest. Damit Wohnen bezahlbar bleibt, sieht GdW-Präsident Axel Gedaschko den Staat in der Pflicht. Mit Blick auf den Bundeshaushalt fordert Gedaschko, dass der Bund die 518 Mio. ...

1.6 Verschiedenes

Magdeburger Freiwilligenagentur mit Innovationspreis geehrt

Die Magdeburger Freiwilligenagentur ist für ihr Projekt Sterntaucher geehrt worden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) hat das Projekt mit dem Innovationspreis ausgezeichnet, der mit 3.500 Euro dotiert ist, teilte die Magdeburger Freiwilligenagentur in dieser Woche mit. Damit sei die im Jahr 2011 begonnene Projektarbeit gewürdigt worden, dass sich Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen in Magdeburg ehrenamtlich engagieren könnten. Die bagfa verleiht den alljährlichen Innovationspreis seit neun Jahren. [mehr>>](#)

[Die Landesregierung Sachsen-Anhalts](#) hat von Finanzminister Jens Bullerjahn vorgelegten Personalsachstandsbericht beraten. Der Bericht dient als Material zur Fortschreibung des Personal-Entwicklungs-Konzeptes (PEK) für Sachsen-Anhalt bis 2020. Eingearbeitet ist die aktuelle Statistik des Bundes „Personal der Länder“ vom Sommer dieses Jahres. Nach diesem Ländervergleich verfügt Sachsen-Anhalt über 20,1 Vollzeit-Stellen in der unmittelbaren Landesverwaltung je tausend Einwohner (ohne Hochschulen). [mehr>>](#)

Engagement des Altmärkischen Heimatbundes gewürdigt

„Der Altmärkische Heimatbund steht für einen lebendigen Bürger- und Gemeinschaftssinn. Er setzt Zeichen für ein waches Geschichts- und Gegenwartsbewusstsein. Heimat- und Geschichtsvereine sind ein wichtiger Teil der Zivilgesellschaft. Sie treten in selbstbestimmter Weise für ihre Interessen und Ziele ein und leisten wichtige Beiträge zur Erinnerungskultur.“ Das sagte Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff kürzlich in Stendal. Dort nahm er an der Festveranstaltung aus Anlass des 20. Gründungsjubiläums des Altmärkischen Heimatbundes teil. [mehr>>](#)

2. Problemfelder aus Landtag und Land

Gerald Grünert zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR)

Im März 2006 beschloss der Landtag das Gesetz über ein Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) für die Kommunen. Ursprünglich war seine landesweite Einführung zum 1. Januar 2011 geplant, doch mit der Gemeindegebietsreform wurde der Stichtag auf den 1. Januar 2013 verschoben. Nach Auskunft der Landesregierung wurden bis zur letzten... **MEHR...**

[Henriette Quade: Für eine menschenwürdige dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden in Sachsen-Anhalt](#)

Wir haben in den letzten Stunden die Situation von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Sachsen-Anhalt von unterschiedlichen Seiten beleuchtet. Deswegen will ich mich tatsächlich auf die eigentliche Antragseinbringung konzentrieren. Das Landesaufnahmegesetz legt fest: „Nach Möglichkeit soll der Unterbringung in kleineren Gemeinschaftsunterkünften der... **MEHR...**

[Birke Bull zum Entwurf eines Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt](#)

Es wird niemanden verwundern: Ich finde die Bilanz Ihrer Schulreform kümmerlich. Man merkt es an der eigenen Begeisterung, die man akustisch nicht einmal wahrnehmen kann. Begeisterung sieht anders aus. Sie haben also ein sicheres Gefühl dafür, was vorliegt: Was Sie zustande gebracht haben, ist wohl eher ein Gemeinschaftsschulbehinderungsgesetz. Wir... **MEHR...**

[Gerald Grünert zum Entwurf eines Gesetzes über den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben im Land Sachsen-Anhalt](#)

Mit der Drucksache 6/1501 legt die Landesregierung den Entwurf eines Gesetzes über den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben im Land Sachsen-Anhalt (DiFuG LSA) vor. Mit diesem Gesetz soll die Verpflichtung des Landes Sachsen-Anhalt zur Mitwirkung bei der Sicherstellung des störungsfreien Betriebs des bundesweit... **MEHR...**

[Dr. Uwe-Volkmar Köck zum Entwurf eines Gesetzes über die Änderung von Zuständigkeiten im Bereich Landwirtschaft, Forsten und Umwelt](#)

Gute oder schlechte Gesetze gibt es nicht. Wohl aber gut oder schlecht gemachte. Das soeben eingebrachte gehört zu letzteren. Während der Einbringer ohne Rücksicht auf die Adressaten des Gesetzes nur danach trachtet, seine Schreibtische von offenen Regelungsschnipseln zu befreien, wird jeglicher Makel am fertigen Produkt dem Parlament in die... **MEHR...**

[Dr. Frank Thiel zum Entwurf eines Gesetzes über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen in Sachsen-Anhalt](#)

Es gab die Überlegung meinerseits, die zur Einbringung gehaltene Rede heute zu wiederholen. Warum? Weil eigentlich in den 10 Monaten zuvor zahlreiche Aktivitäten stattgefunden haben wie große Anhörung, Ausschussberatungen, diverse Fachgespräche etc. Jedoch im Ergebnis müssen wir nüchtern feststellen, außer ein paar Nuancen hat sich... **MEHR...**

► **Im Rahmen der Regierungsbefragung** erklärte der Minister für Landesentwicklung und Verkehr, **Thomas Webel** (CDU), auf Nachfrage des Abgeordneten **Gerald Grünert** (MdL, DIE LINKE), dass der Bahnhof Jütrichau nicht weiter betrieben wird. Der Minister machte jedoch darauf aufmerksam, dass die Nahverkehrsgesellschaft Sachsen-Anhalt (NASA) zugesichert hätte, den Ort Jütrichau an das Nahverkehrsnetz anzubinden.

► **Bei der Schulentwicklungsplanung und den** Schulsanierungsprogrammen (STARK III) spielen Empfehlungen für die bauliche Gestaltung von Schulen eine Rolle. Mit einer **kleinen Anfrage zur Fragestunde** (Drs. 6/1510) erkundigte sich der Abgeordnete Hendrik Lange (MdL), ob die Landesregierung beabsichtigt, die Empfehlungen für den Schulbau hinsichtlich der Anzahl von Unterrichts- und sonstigen Räumen sowie der Raumflächen an die Belange der Inklusion anzupassen? Sofern das der Fall sein sollte, wollte er ferner wissen, bis wann die Anpassung erfolgen wird und welche Parameter vorgesehen sind?

Aufgrund einer Vielzahl von Fragen im Rahmen der Regierungsbefragung konnte die Fragestunde nicht durchgeführt werden. In der von der Landesregierung zu Protokoll gegebenen Antwort heißt es: *„Zunächst einige grundsätzliche Ausführungen zum Förderprogramm STARK III. Mit dem Innovations- und Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung der Kindertagesstätten und Schulen -STARK III sollen Bau- und Ausstattungsinvestitionen für Kindertagesstätten und Schulen ermöglicht werden. Kernziele und Schwerpunkte dieses Förderprogramms sind u, a, die Senkung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen, die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien, der Schutz von Ressourcen und die Schaffung zukunftsfähiger Energieversorgungsstrukturen und Technologien, also die energetische Sanierung der Schulen und Kindertagesstätten.*

Mit dem Förderprogramm STARK III werden Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Nutzung erneuerbarer Energien und zum Klimaschutz in Kindertagesstätten und Schulen des Landes Sachsen-Anhalt ermöglicht.

Unabhängig hiervon sollen bei der Durchführung der Maßnahmen die Belange der Menschen mit Behinderungen Beachtung finden. In diesem Zusammenhang sind die Anforderungen der Bauordnung auch in Sachen Barrierefreiheit des Landes Sachsen-Anhalt zu nennen.

Im Vergleich zur Barrierefreiheit ist das Thema Inklusion in der Schulentwicklung ein wesentlich weitergehender und umfassenderer Begriff. Aufgrund der Tragweite, der Möglichkeiten und der kostenrelevanten Auswirkungen sind hier im zuständigen Kultusministerium viele Fragen der Umsetzung zu beantworten, Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung wird das Thema Inklusion zukünftig eine Rolle spielen.

Ausführungen zum zukünftigen Umgang mit dem Thema Inklusion sollten vom zuständigen Kultusministerium übernommen werden.“

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften und zur Stärkung der kommunalen Verwaltungstätigkeit - Zweite Beratung

Mit dem Gesetz wird klargestellt, dass die Landkreise und kreisfreien Städte nicht nur für Linienverkehre, die ausschließlich in ihrem Bezirk betrieben werden, sondern auch für kreisübergreifende Linienverkehre zuständig sind. Zu diesem Zweck wird das Gesetz zur Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften und zur Stärkung der kommunalen Verwaltungstätigkeit (FSVwG LSA) rückwirkend zum 1. Januar 2005 geändert.

Der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Landesentwicklung und Verkehr (Drs. 6/1445) wurde ohne Debatte einstimmig gefolgt und somit das Gesetz beschlossen.

3. Veranstaltungen

▶ **29.11.2012 Halle „Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale)“**
Blumenstr. 16; 18:00 Uhr

▶ **15.12.2012 Göttingen „Wohnungspolitische Konferenz“**
Einladung: [PDF-Datei \(67 kB\)](#)

▶ **20.12.2012 Halle Kommunalpolitischer Tag**
Blumenstr. 16

▶ **Vorankündigung:**

- **02.Februar 2013 Jahreshauptversammlung**
- **02.Februar 2013 Festveranstaltung 20 Jahre „kommunalpolitisches forum“**
Roncalli-Haus Magdeburg
- **15./16. März 2013 – Bundesweite Kommunalpolitische Konferenz in Neumünster**

4. Veröffentlichungen

„Die Kommunen zwischen Finanzautonomie und staatlicher Aufsicht - Vorgaben zur Einnahmenoptimierung und Ausgabenkontrolle in der Haushaltssicherung.“

Eine Untersuchung vorrangig am Recht des Landes Nordrhein-Westfalen von Dr. Michael Faber - Reihe: Bonner Schriften zum Steuer-, Finanz- und Unternehmensrecht, Band 14, 2012, ISBN: 978-3-643-11373-3

Kurzbeschreibung: Die Finanzsituation der Kommunen insbesondere in NRW ist mehr als angespannt. Als Reaktion hierauf greifen restriktive Begrenzungen der verfassungsrechtlich verbürgten kommunalen Finanzautonomie. Vorgaben zur Einnahmenoptimierung oder Ausgabenkontrolle, etwa in Gestalt von Haushaltssicherungskonzepten, prägen die kommunale Praxis vielerorts. Ob derartige Konsolidierungsvorgaben mit der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie des Grundgesetzes vereinbar sind bzw. in welcher Form und Tiefe Bund und Länder befugt sind, gestaltend in die kommunale Haushaltswirtschaft einzugreifen, ist Gegenstand dieser Untersuchung.

„Wohnen bei Genossenschaften“

Bärbel Wegner, Anke Pieper, Holmer Stahncke:, Ellert & Richter, Hamburg 2012

Kurzbeschreibung: Das Buch zum Internationalen Jahr der Genossenschaften 2012! Drei Fachjournalisten erläutern in diesem Buch in leicht verständlicher Form, wie eine Wohnungsgenossenschaft funktioniert, was sie von anderen Unternehmen unterscheidet, welche Rechte und Pflichten die Mitglieder haben und wie Genossenschaften Nachbarschaften stärken. Das Buch würdigt die Geschichte der Genossenschaften und ihren Beitrag zur Stadtentwicklung. Es

erläutert auch, warum das Gründen von Wohnungsbaugenossenschaften gerade wieder in Mode kommt - und wie es geht. Ein Buch für Einsteiger und "Insider" gleichermaßen.

„Mobilitätsmanagement. Wissenschaftliche Grundlagen und Wirkungen in der Praxis“

Mechtild Stiewe, Ulrike Reutter Klartext Verlag, 2012, ISBN: 978-3-8375-0474-3

Kurzbeschreibung: Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Verkehrsverbesserung als Strategien einer integrierten und nachhaltigen Stadt- und Verkehrsplanung sind inzwischen weitgehend akzeptiert. Mobilitätsmanagement unterstützt diese Strategien und wird als Instrument seit vielen Jahren praktisch entwickelt und erprobt. Mobilitätsmanagement umfasst breite Handlungsbereiche und liegt in der Verantwortung vielfältiger Akteure. Seine Wirksamkeit und Einbindungsmöglichkeiten in kommunale und regionale Planungsprozesse werden erforscht. Der Sammelband stellt als Zwischenbilanz zur aktuellen Fach- und Praxisdiskussion vorliegende Ergebnisse und Erfahrungen aus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und der praktischen Umsetzung zusammen.

5. Kontakte

Gerald Grünert

Vorsitzender „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V.
Kommunalpolitischer Sprecher Fraktion „DIE.LINKE“ - im Landtag von Sachsen-Anhalt
Tel.: (03 91) 560 50 06
Fax: (03 91) 560 50 20
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg
Mail: gruenert@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Siegfried Walter

Mitarbeiter Geschäftsstelle „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt
Tel.: (03 91) 7 34 82 00
Fax: (03 91) 7 34 81 67
Geschäftsstelle:
Walther-Rathenau-Straße 57
39104 Magdeburg
Mail: kf-lsa@t-online.de